



Antrag

der Abgeordneten **Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Claudia Stamm, Thomas Gehring, Ulrike Gote, Katharina Schulze, Gisela Sengl, Kerstin Celina, Christine Kamm, Ulrich Leiner** und **Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**

Konsequenzen aus der Anhörung „Jungsein in Bayern“ VIII: Förderprogramm zum Ausbau der medienpädagogischen Arbeit und Forschung

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, ein umfassendes Programm zur Förderung der medienpädagogischen Jugend- und Elternarbeit sowie der medienpädagogischen Forschung aufzulegen.

Das Programm soll dabei die folgenden Schwerpunkte umfassen:

- die Förderung der Medienkompetenz von Eltern und Jugendlichen;
- die strukturelle Förderung der medienpädagogischen Arbeit mit Kindern und Jugendlichen;
- Ausbau der Weiterbildungsangebote für pädagogische Fachkräfte im Bereich der Medienpädagogik und im Umgang mit neuen Medien;
- eine langfristig gesicherte Förderung der Medienfachberatung in allen bayerischen Bezirken;
- die bessere Verankerung der Medienpädagogik in der Lehrerbildung und in der Ausbildung der Fachkräfte im Bereich der sozialen und pädagogischen Arbeit und
- die Einrichtung neuer Lehrstühle für Medienpädagogik an den bayerischen Hochschulen und Universitäten.

Begründung:

Die Enquete-Kommission „Jungsein in Bayern – Zukunftsperspektiven für die kommenden Generationen“ fordert in ihrem Abschlussbericht ein neues Landesförderprogramm zur Weiterentwicklung der Jugendmedienarbeit. Das Programm soll die Förderung von Initiativen verstetigen, die bisher ausschließlich auf Projektförderung angewiesen waren. Ziel ist es, die Medienkompetenz von Jugendlichen durch eine aktive Aneignung und Nutzung neuer digitaler Medien zu stärken und die Qualifizierung von Eltern und pädagogischen Fachkräften zu verbessern. Dazu gehört auch eine bessere Verankerung der Medienpädagogik und einer medienpädagogischen Grundqualifikation in der Lehrerbildung und in der Ausbildung sozialer und pädagogischer Fachkräfte. Dies wiederum muss mit einem Ausbau der medienpädagogischen Forschung und der Lehrstühle für Medienpädagogik an den bayerischen Hochschulen und Universitäten einhergehen.

Bisher fehlt in Bayern eine strukturelle Förderung der medienpädagogischen Arbeit mit Jugendlichen und ihren Eltern. Angesichts der wachsenden Bedeutung digitaler und mobiler Medien für den Alltag von Jugendlichen besteht hier großer Nachholbedarf. Auch eine kontinuierliche medienpädagogische Forschung findet bisher in Bayern nicht statt. Der Jugendmedienschutz sieht sich angesichts von „Hate Speech“ und exzessiver Mediennutzung mit neuen Herausforderungen konfrontiert. Die Medienfachberatung in den bayerischen Bezirken wird bisher aus Mitteln der Fraktionsreserve der CSU finanziert. Das Institut für Medienpädagogik kommt deshalb zu dem Fazit, dass sich in der strukturellen Förderung der Medienpädagogik und der Medienforschung in Bayern in den letzten zehn Jahren wenig getan hat.